

Das Gaargebiet und der Völkerbund.

Gegen das saarländische Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes, Dr. Hector, dessen Mandat in diesen Tagen für ein neues Jahr befristet werden mußte, waren bekanntlich im ganzen Lande gewaltige Protestkundgebungen veranstaltet worden, an denen sich die ganze Saarbevölkerung ohne Unterschied der Partei oder Klasse beteiligt hatte. Das für das Deutschtum im Saargebiet ungemein verhängnisvolle Wirken dieses fragwürdigen Herrn konnte eben nur aus der sonderbaren Anschauung erklärt werden, daß das Saargebiet ohne Rücksicht auf den Friedensvertrag und vornehmlich auch auf die deutlich genug zu Tage tretende Stimmung der gesamten Bevölkerung schon heute sozusagen als französische Provinz zu gelten habe. Wßlang waren nun alle Versuche, die Regierungskommission selbst zur Entzerrung dieses Schädlings zu veranlassen, vergeblich gewesen, was bei dem Geiste dieser Kommission irrtümlich nicht weiter verwundern konnte. Schließlich wandte man sich in seiner Not und Stillschlagen an den Völkerrund. Daß ein solcher Appell unter keinen Umständen den gewünschten Erfolg zeitigen würde, war nach allen einschlägigen Erfahrungen eigentlich vorauszu sehen, und das Vertrauen auf die gerade Unparteilichkeit gerade dieses außerordentlichen Völkerrundes mußte politisch geschulte Leute zum mindesten recht nahe annehmen. Und die Entscheidung des Völkerrundes ist dann auch richtig, so ausgesfallen, wie man es seiner Zusammenfassung nach erwarten mußte. Der Völkerrundrat ließ sich nämlich nicht nur daran genügen, das Mandat zu befristen, sondern er forderte darüber hinaus wie zur Verhöhnung der Saarbevölkerung den Generalsekretär auf, dem Herrn Dr. Hector ausdrücklich den Dank des Völkerrundes für die wertvollen Dienste auszusprechen, die er während seiner Amtsausführung dem Völkerrund geleistet habe. Jedes weitere Wort der Entrüstung zu diesem Bescheide würde seinen Eindruck nur abschwächen.

Die Völkerbundstagung.

In der gestrigen Nachmittagsitzung trat die BSk-Verbandsversammlung in die Beratung des Rechenschaftsberichts des BSk-Verbandsföretariats ein. Nach längerem Debate erklärte der Präsident die vierte Sitzung der diesjährigen BSk-Verbandsversammlung nach kaum einstuündiger Dauer für beendet. Der alsamtige Delegierte befahte sich ausföhrlich mit den Verhältnissen Albanians, die sich in letzter Zeit bedeutend verbessert und konsolidiert hätten, was das Verdienst des BSk-Verbands sei. Mit der Hebe des sübatantianischen Delegierten Prof. Murray wurde zum ersten Male seit Beginn der Session das Problem der Minderheiten von der Versammlung aufgeworfen. Prof. Murray brachte einen Vorschlag ein, wonach ein Anzahl Minderheitsprobleme aus dem Rechenschaftsbericht, auch der Minderheiten in Oberösterreich, einem Ausschuss der Versammlung zum Zweck besonderer Berichterstattung überwiesen werden soll.

Gegen die Zulassung Deutschlands.

Der Feind beschäftigt sich in einem Detektivfall mit dem Völkerverbund und kommt zum Schluss auf die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund zu sprechen. Über die er schreibt: Die Zulassung gewisser Staaten in den Schoß des Völkerverbundes erweckt Völkerruhigung, die man zerstreuen muß. Aber es scheint, was Deutschland anbetrifft, daß die Frage aktuell werden könnte, denn man weiß sehr gut, daß es nur so tut, als gaulle es dem Völkerverbund weiter über seine Entschädigung betr. Österreich einzureiten. Man kennt seine Ansprüche, eventuell einen Vag im Völkerverbund zu fordern. Die Ereignisse der letzten Monate sind nicht dazu geeignet, unsere Ansichten über diesen Punkt abzuändern. Bevor die Zulassung Deutschlands in Betracht kommt, muß das Deutsche Reich zuverlässige Beweise gegeben haben, den Versaillesvertrag zur Ausführung zu bringen. Es muß unklarlich anerkennen, daß es die durch den Friedensvertrag verursachten territorialen Veränderungen als einbüßig und unanfechtbar betrachtet.

Eine Abordnung der jüdischen Minderheiten richtete an das Fürstbischöflich-bischöfliche Secretariat ein Schreiben, um seine Aufmerksamkeit auf die antijewischen Ausschreitungen in Kattowitz zu lenken und um Anwendung des für dringende Fälle vorgesehenen Fürstbischöflich-Verfahrens zum Schutz von Minderheiten zu bitten. Das Fürstbischöflich-bischöfliche Secretariat übermittelte das Schreiben der polnischen Regierung mit dem Ersuchen um Rückäußerung.

**Der österreichische Bundeskanzler vor
dem Völkerbund.**

Der österreichische Bundeskanzler Seivel hatte verschiedene Unterredungen mit Mitgliedern des Bülkerbundes, der morgen in offizieller Sitzung die angekündigte ausführliche Darlegung des Bundeskanzlers über die Lage Oesterreichs entgegennehmen wird. Außerdem soll das Finanzcomitee des Bülkerbundes, falls es rechtzeitig fertig wird, Bericht über die Finanzlage Oesterreichs erstaten, mit dem der Rat in der letzten Woche vertraute. Von verschiedenen Seiten wird jedoch darauf hingewiesen, daß der Bülkerbundsrat sich nicht damit begnügen kann, son-

Der Krieg in Kleinasien auf dem Höhepunkt.

Der französische Regierung ist gestern vom englischen Außenamt eine Note übermittelt worden, in der England zur Bescheinigung eines Waffenstillstandes zwischen Griechenland und der Türkei eine gemeinsame Aktion der Großmächte in Vorschlag bringt. Eine gleiche Note ist auch nach Rom abgesandt worden. Ministerpräsident Boissac hat gestern sofort auf diesen englischen Vorschlag geantwortet. Das französische Außenamt hätte sich aber über den Inhalt dieser Antwortnote in strengstes Stillschweigen. Aus englischen Meldungen geht hervor, daß die englische Regierung sofortige Verhandlungen zwischen Vertretern Athens und Angoras in einer in der neutralen Zone gelegenen Stadt angeregt hat, die schon in zwei oder drei Tagen beginnen und denen die internationalisierten Oberkommissare betwohnen solle. Man geht wohl nicht fehl, zu vermuten, daß der französische Ministerpräsident der englischen Regierung angedeutet hat, daß jedenfalls bei einer Intervention der Großmächte den großen Erfolgen der türkischen Armee Rechnung getragen werden müsse. Jedenfalls betonen die französischen Blätter, daß die französische Öffentlichkeit eine Revision des Vertrages von Sebreus verlangt, nämlich die vollkommene Zurückgabe von Kleinasien und Thrazien an die Türkei. Der italienische Außenminister Schanzer hat nach einer Meldung beschlossen, heute nach Rom zurückzukehren, um mit dem Innenminister der Regierung von Angora, der sich gegenwärtig in der italienischen Hauptstadt aufhält, über die Lage Besprechungen zu führen und mit ihm die Konferenz von Beneid zu erörtern. Der englische Kabinettsrat wird wahrscheinlich am Freitag oder Samstagabend hinsichtlich einer Konferenz in Beneid beraten und in Form einer Note auf die französische Note vom 1. September der englischen Standpunkt zu dieser Friedenskonferenz nach Paris bekanntgeben.

Griechenland gibt jeden Widerstand auf.

TU. Aus London wird dem „Petit Parisien“
 gemeldet: Offizielle Nachrichten bestätigen, daß die
 Griechen entsehtossen sind, jeden Widerstand in
 Kleinasien aufzugeben.

TU. London, 6. Sept. (N. B. Z.) Daily Mail
meldet aus Smyrna: Die griechische Bevölkerung

bern zu einem neuen, schnelleren Verfahren greifen muß. So wird die Vermutung gedehnt, daß der Versuch eines Ausflußes von namhaften Mitgliedern der Ritterschuldenversammlung hinfällig sei, und daß sich möglichst aus Vertretern der Naabgarn- und Festeckreide und der für die Silbstaftung besonders in Betracht kommenden Großmächte eine Sammelversammlung hätte. Der biederliche Bundeskanzler oder Außenminister würden ebenfalls diesen Ausfluß angehen.

Eine Entschließung der Ernährungsministerkonferenz.

Auf der Ernährungs-Ministerkonferenz in Hamburg wurde eine Entschließung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß die ungemeinen Schwierigkeiten, die der Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes entgegensteht, vor allem aus dem Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete und dem rapiden Sturz der Mark resultieren. Es wird betont, daß die Möglichkeit zu grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftslage daher nicht in der Hand der mit der Ernährungsfrage Betrauten liegt. Alle Maßnahmen jedoch, die eine abnehmende und sparsame Verwerthung der vorhandenen Nahrungsmittel-Einkäufe haben können, sollen getroffen werden, damit hierdurch eine günstige Preisgestaltung gesichert wird. Die Konferenz hat mit Bestimmtheit Kenntniss davon genommen, daß zur Unterstüßung der Sozial- und Kleinrentner namhafte Geldbeträge zur Verfügung gestellt worden sind. Sie hält es aber für notwendig, darüber hinaus helfend einzutreten. In Maßnahmen dieser Art wird die Unterstützung der Kinderbeihilfen, der öffentlichen Erweisungen und die Abgabe von Lebensmitteln an besonders bedürftige zu ermäßigten Preisen gerührt werden müssen.

Der Reichsanwalt warnt vor Streiks in lebenswichtigen Betrieben.

Bei Besprechung des Reichsanlers mit K
vern be: gemeinschaftlichen Spitzenorganisatio
über die gegenwärtige Mithigkeitslage wurde
der Regierung gebeten, alle Straßfall
möglichst aufzugeben, anemlich solche Streiks,
die Ernährung der Bevölkerung gefährden,
sich aller Terrorakte zu enthalten. Der Scha
ber durch Danbarbeiter- und Transportstreiks
rechts in den letzten Tagen erwachsen ist, ist

flüchtet. Alle verfügbaren Schiffe sind von den
Brüchlingen besetzt. Die englischen Untertanen fah-
ren gemäß den Weisungen des englischen General-
konsuls nach Cypern ab.

Zahlreiche Kriegsschiffe vor Smyrna.

Die alliierten Mächte haben nach Einberufung der Kriegsräthe beordert. Es liegen dort 6 kriegerische Kampfschiffe, 3 englische, 3 italienische und zwei französische. Das amerikanische Marinedepartement hat dem amerikanischen Admiral Bristol in Konstantinopel Anweisung gegeben, zum Schutze der amerikanischen Staatsangehörigen Vorposten dorthin abgehen zu lassen. Das amerikanische Marine-departement hat gleichzeitig Wert darauf gesetzt, zu betonen, daß diese Anordnung weder politische, noch politische Bedeutung habe.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel be-
stätigt sich das Gerücht, daß die Griechen Brull-
räumen. Die Schlacht soll erbitert ge-
wesen sein.

Eine Proclamation Kemal Paschas.

Habas meldet aus Konstantinopel: Der Generallieutenant Mustafa Kemal Pascha hat eine Proclamation an das nationalrussische Meer erlassen, in der er es zum Sieg beglückwünscht. Die Proclamation schließt mit den Worten: Ihr dürft mich nicht in die Zukunft bilden. Neue Kämpfe sind auch in Unaholten wahrseheinlich. Unter nächster Zeit ist das Negalische Meer. Vorwärts!

Englands Festhalten am Vertrage von Sevres.

Daily Chronicle sagt in einem Vortragsartikel zu griechisch-türkischen Konflikt, die allgemeine Grundsatz für den Frieden müsse in den Bedingungen gesucht werden, über die alle Mächten auf Londoner Konferenz im März übereingekommen seien. Diese Bedingungen seien damals von den Griechen vorläufig angenommen worden, die Türken hätten sie jedoch verworfen und damit den Krieg verlängert. Es besähe kein Grund, weshalb den Türken ihre Unbereitschaft gegen die Mächten bessere Friedensbedingungen eintragen solle und, wie vollständig auch der gegenwärtig türkische Sieg in Anatolien sein möge, wer er sei doch nicht in die Lage der Dinge eingewandene wichtigen Veränderungen von den Alliierten zu erwarten. Die Vorschläge vom letzten März umfassten die Rückziehung der Griechen aus Anatolien. In Frage der Meerenge seien die Alliierten nicht interessiert, hier könne England seine Politik betreiben.

wieder gut zu machen. Verlorenes Verzeihe ich
im Zustande gekauft werden und verschleß
unsere Waare noch mehr, verteuert die Ver-
mittel auf Kosten der Gesundheit des Vol-
kes. Die schlechten Ernte sind Streif-
die Ernährung gefährden, ein Verbrechen
Voll.

Die Reichsregierung und das Stinnes- Abkommen.

TU. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet:
 wir hören, hat Sugo Stinnes die zukünftigen
 Stellen der Reichsregierung von dem Inhalte
 seines Vertrages mit der französischen Con-
 tation generale de Corporations in der Form
 Kenntnis giebt, als er den in Betracht
 kommenden Ressorts Abschriften des Ver-
 trages übersandt hat. Die zukünftigen
 Forts werden sich bereits in den nächsten
 mit dem Vertrage beschäftigen. In Berlin
 gebenden Kreisen herrscht über den Inhalt
 des Vertrages eine günstige Auffassung vor.
 Weist insbesondere darauf hin, daß der Vertrag
 geeignet sei, die deutsch-französischen Wirt-
 schaftsgemeinschaften wieder zu beleben.

Und Notstandsarbeiten — ?

Auf seinem Verbandstag nahm der Verb
der Gemeinde- und Staatsarbe
folgende geharnischte Entschließung an:

Der Verbandstag lehnt die Technische Hilfe als arbeiterfeindliche Einrichtung ganz ab. Auch für die Arbeiter in leistungsfähigen Betrieben ist das volle und ungetriggerte Streikrecht ein unbedingt notwendiges Erfordernis."

Uns scheint bei dieser Entschliessung die Sache vergessen worden zu sein: nämlich die Forderung, sich unter allen Umständen zur Erfüllung der Nothstandsarbeiten verpflichtet zu halten. Ohne eine solche Verpflichtung die Ablehnung der Technischen Nothhilfe ge-
landslos.

Bewusste Irreführung?

Der Vorwärts bringt in seiner Morgengabe vom 31. August 1922 in einem von seinen Lesern in Westfalen überschriebenen Brief den Titel die Nachricht, daß das Kultusministerium in Berlin beschuldigt sei, die Einrichtung von Volkshochschulen in Westfalen einbestanden zu haben. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren haben, ist diese Nachricht auf einem Irrtum

Die Bedeutung des Stinnes-Vertrages.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mit-
arbeiter.

Es berührt eigenartig, daß gerade aus demjenigen Teil der deutschen Wirtschaft, der sachlich den stärksten Einspruch gegen das Wiesbadener Abkommen erhoben hat, jetzt der erste praktische Versuch gemacht wird, dieses Abkommen in einer für Deutschland erträglichen Form durchzuführen. Und doch ist das kein Widerspruch. Wir haben einmal rechtsverbindlich unterzeichnet, die Franzosen können sich auf die Einsprüche berufen, die ihnen aus diesem Wiederaufbauabkommen zuwachsen, da hat es keinen Zweck, schmolmen absteht zu stehen, sondern der einzig mögliche Weg ist, für Deutschland das Beste herauszuholen, was daraus herauszuholen ist. Das hat Herr Ettnes versucht, indem er mit dem Generalbevollmächtigten der Geschädigten in den zerstörten Gebieten einen Vertrag schloß, worin er sich verpflichtet, den Wiederaufbau organisatorisch selbst in die Hand zu nehmen. Daß dieser Ettnes-Vertrag nicht im Rahmen des Wiesbadener Abkommens hält, ist eine Selbstverständlichkeit; aber während das Wiesbadener Abkommen eigentlich nur eine Option der Franzosen war und alle in Deutschland schlummernden Konjunkturmöglichkeiten, hat der wirtschaftliche Verband von Hugo Ettnes es verstanden, Sonne und Wind auf beiden Seiten gleichmäßig zu verteilen und alles auszunutzen, was den Franzosen ohne weiteres den Wöbenanteil gesichert hätte. Die Sozialdemokraten machen ihn einen Vorwurf daraus, wenn er sich einen Nutzen bis zu 6 Prozent des Preises berechnet und konstruiert einen unwichtigen Zusammenhang zwischen diesem Unternehmerrginn und dem Patriotismus des Unternehmers. Wir können nicht finden, daß ein solcher Nutzen von 6 Prozent in Unbetragt des großen Arbeit, die dafür zu leisten ist, übertrieben hoch ist; im Gegenteil, wenn der Staat diese Abgabe in Angstig genommen hätte, dann wäre der Erste gewesen, daß eine neue Behörde mit einlosten Angestellten geschaffen wurde, die sich nach bestimmten Mustern gleich einen ganzen Häuserblock für ihre Verwaltungszwecke mietete und Millionen ausgaben verschlang, ehe überhaupt der erste Löffel nach Frankreich kam. Denn wie man es als Sozialdemokrat über das Unternehmertum denken mag, das eine muß doch zugefanden werden, das nitzpendig mit einem so geringen Aufwand an Kräften gearbeitet wird.

Deshalb wäre es wirklich zweckmäßiger,
 alten Egerze aus der Parteipolitik liesen
 aus dem Spiel. Denn der Stinnes-Vertrag kam
 wir wollen uns vorsichtig ausdrücken — eine
 Periode der ganzen deutsch-französischen Po-
 einleiten, die allerdings Erfolg nur dann ha-
 wird, wenn sich ebenso wie das Unternehme-
 auf die deutsche Arbeitserschaft daran be-
 auf deutscher Seite ist das Abkommen ohne al-
 Mithilfe der Regierung geschlossen worden,
 französischen Kontrahenten aber haben sich,
 um sich den Rücken zu decken, vorher mit
 Regierung verständigt und sich auch die Zu-
 mung Poincarés gesichert. Was ihnen wi-
 scheintlich nicht ganz leicht geworden ist; aber
 Druck, der von dieser Seite kam, war stark
 nug, um den französischen Ministerpräsidenten
 gieblich zu machen, er war sogar schon stark ge-
 um auf diesem Wege die in Essai-Vorträge
 eingeleiteten Retoriktionen zu beseitigen. Ein
 Beobachter hat schon vor einem Jahr gesagt,
 einzigen Menschen, die in Frankreich für eine
 rändigung mit Deutschland zu haben wären,
 die Bewohner der zerstörten Gebiete. Sie
 ja am stärksten daran interessiert; denn die
 stilt des Poincarésismus, die bei jeder Gelegen-
 mit dem Säbel tarselt, ist zwar für den gefäll-
 Bürger eine sehr schöne Sache, aber sie baut
 Käufer auf, und gerade darauf kommt es be-
 nistres, die nun schon seit bald vier Jahren
 auf warten, daß ernstlich der Anfang ge-
 wird, in erster Linie an. Ihr Einfluß in
 Frankreichs aber ist nicht zu unterschätzen;
 ben etwa vierzig bis fünfzig Abgeordnete in
 Kammer, die um so stärker wirken können,
 Frankreich eben mit seinem Unglück die Trü-
 beissen der ganzen Welt in Bewegung setzen
 es doch nicht gut darauf ankommen lassen
 daß gerade von der Seite aus in aller Deut-
 felt der französischen Politik der Vorwurfs-
 Unfähigkeit und des Unwohlens gemacht
 Allerdings auch dieser Vertrag ist zunächst
 ein Experiment, aber er ist doch ganz anders

bleibt als die Versuchung, die wir bisher gemacht haben. Er ist auch, soweit wir wissen, nur die Einleitung zu weiteren Verhandlungen, wofür sich in erster Linie die französische Eisenindustrie interessiert, und ist begleitet von einer Einladung an die Vertreter der deutschen Wirtschaft, selbst einmal sich die Lage in den zerstörten Gebieten anzusehen. Diese Reise wird in den nächsten Tagen erfolgen und wird Gelegenheit geben zu einer engeren Verständigung, die, an der Politik vorbei, vielmehr mehr für die Besserung der deutsch-französischen Beziehungen tut, als bisher geschehen ist. Deshalb können wir auch von dem Stimmes-Vertrag sehr weitgehende politische Bindungen erzielt werden, die bisher freilich nur am Horizont schweben, aber sich doch, wenn die Verhandlungen mit Belgien eine Ruhepause in der Reparationspolitik für die nächsten Monate erzielen, bis um die Jahreswende ausbreiten. Das eine Bedenken steht ihnen entgegen, daß durch eine allzu große Annäherung an Frankreich die Engländer Populisten gemacht werden und uns dann ihrerseits in den Rücken fallen könnten. Diese Gefahr braucht aber vor der Hand kaum allzu ernst genommen zu werden. Die Engländer sind klug genug, um zu erkennen, daß die Wirkungen eines solchen Vertrages sich gegen Polinare wenden müssen, eben weil dadurch die Überwindung des französischen Nationalismus verhindert wird; denn eine Einstellung der deutschen Arbeit auf beschleunigte Wiederherstellung Nordfrankreichs hat zur ersten Voraussetzung eine Verständigung Deutschlands. Das ist vonseiten der deutschen Unternehmer betont worden, das haben auch die deutschen Gewerkschaften wiederholt unterstrichen. Wenn sie mehr arbeiten sollen, dann müssen sie befreit werden von der dauernden Bedrückung durch Sanktionen und von der Belastung mit unproduktiven Ausgaben. Das bedeutet aber Umänderung der ganzen französischen Politik, und damit wird auch das erreicht, was England will: Befriedigung Europas, Stabilisierung der deutschen Mark und innere Ordnung in Deutschland. Vielmehr ist es etwas vorzuziehen, schon so weit vorne zu stehen, aber die volle Bedeutung des Stimmes-Vertrages tritt nur hervor, wenn man ihn in den Rahmen der großen Politik hineinstellt. Ob sich allerdings die Ziele alle oder auch nur zum Teil erledigen lassen, das hängt leider nur in sehr geringem Maße von uns ab.

Die Verfassungsgebende Kirchen-Vermählung.

Berlin, 5. Sept. Der Streit um die Verfassungsformel droht sich ins Uferlose zu verlaufen, und die Möglichkeit einer Einigung liegt noch in ungewisser Ferne. Zu Beginn der heutigen Sitzung vertrat der Abgeordnete des Oberkirchenrats Geheimrat D. Kistner die Ansicht, dieser Verträge gegen die Angriffe D. Böllners, Verbandsdirektor Grünweller, Rheider (Gemeinschaftsgruppe), sprach im Namen der Befürworter der Verträge und der evangelischen Schulgemeinden; seine Rede handelte daher mehr von der konfessionellen Schule und dem rechtgläubigen Religionsunterricht. Theologieprofessor D. Schmidt, Minister (überparteilich), steht in der verfahrenen Lage ein Stück der kirchlichen Gesamtschuld und rät unter Umständen zum völligen Verzicht auf eine Verfassungsformel. Pfarrer D. Schupp, Berlin (Befürworter), tritt für die Ausdehnung der Kirche ein und will wohl eine Volks-, aber keine Weltreligion haben. Theologieprofessor D. Schäder, Breslau (Katholik), tritt für den Abänderungsantrag des dissonierenden Teils der Kirche ein und wendet sich gegen die Behauptung von Rabede, Stahl und Schmidt, daß das Evangelium keine nähere Begriffsbestimmung verleihe. Theologieprofessor D. Eger, Halle, macht als zweiter Redner der Mittelpartei feinsinnige Ausführungen über das Wesen des Evangeliums, dessen Reichum keine Beschränkung auf bestimmte Verträge verleihe, und zeigt, daß eine Volkskirche sich nicht wie eine Freikirche organisieren kann. Theologieprofessor D. Saubier, Leipzig, hält eine mehr erbauende Vorlesung über die Verfassungsformel des Ausdrucks, die er im Namen der Befürworter vertritt. Die Geschäftsstelle veranlaßt nunmehr den Präsidenten, zum erstenmal eine besondere Nachmittags-Sitzung anzuberaumen. Man darf wohl das eine feststellen, daß die Formel des Ausdrucks keine Mehrheit mehr finden wird, wahrscheinlich aber auch keiner der anderen Vorschläge.

Die Ueberflachten.

Den linksradikalen Treibern ist es im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland gelungen, das Volkstum über die Ueberflachten ernstlich zu gefährden. Mit Nachdruck muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die große Mehrheit der Bergarbeiter bereit ist, Mehrforderung zu leisten. Sie hat Verständnis für den furchtbaren Ernst der kohlenspezifischen Lage Deutschlands. Allein die linksradikalen Elemente haben eine Schreckensherrschaft aufgerichtet, der sich in den Kohlenfeldern alles beugt. Zahlmäßig ist der Einfluß der Kommunisten sehr gering. Was will es bezeugen, daß in Essen einige Tausend Bergarbeiter eine Kundgebung gegen die Ueberflachten veranstalteten, da die Gesamtbelegschaft im Ruhrgebiet nahezu 600 000 Mann beträgt. Größtenteils ist, daß die Regierung selbst rechtlos durchgreift und die argen kommunistischen Schreier aus den Kohlengebieten wegweist. Es sind Meinungen Moskaus, die den Kommunisten befehlen, mit allen Mitteln die Kohlenwirtschaft Deutschlands zu gefährden. Sie werden dies Ziel auch erreichen, wenn die Regierung nicht endlich den Segen des Pandorums legt. Zeitungen werden verboten, weil sie schändliche Angriffe gegen die Regierung richten, Verbände aufgelöst, an deren Staatsgefährlichkeit kein Mensch glaubt. Die kommunistische Seuche dagegen darf sich weiter ausbreiten, obgleich sie wirklich und absichtlich den Staat von innen heraus auslöschen und auflösen will. Wer gegen das Ueberflachten kommen zu Gede nicht, be-

Die deutschen Kommunisten und Frankreich.

In den letzten Tagen ist im Verhältnis zwischen den deutschen Kommunisten und Frankreich eine Veränderung eingetreten, die für die kommende politische Entwicklung von außerordentlicher Wichtigkeit werden kann. Bisher war es so, daß zwischen den deutschen Kommunisten und Frankreich ein gegenseitiges Mißverständnis und Duldungs- und Fördungsverhältnis bestand. Die Agitation der Kommunisten in Deutschland war für Frankreich infolge von großer Offenheit auf Entfesselung des Bürgerkrieges angelegt und ist ein Ziel, dessen Erreichung selbstverständlich die Zerstörung der wirtschaftlichen und politischen Einheit des Reiches zur Folge gehabt hätte; und gerade aus diesem Grunde von Frankreich lebhaft begrüßt worden wäre. Der von Frankreich für diese Betätigung in Aussicht gestellte „Lohn“ bestand in der Haupt- sache darin, daß die Kommunisten im besetzten Gebiet sich weitgehendere Freiheit erlaubten, die auch den deutschen Behörden gegenüber von den Franzosen nachdrücklich geltend gemacht wurden. So hat noch vor 14 Tagen die Entente, von Frankreich veranlaßt, die kommunistische Presse des besetzten Gebietes gegenüber einem beabsichtigten Verbot durch die deutsche Regierung in Schutz genommen. Dieses Verhältnis hat einen sehr tiefen Riß erfahren.

Zunächst waren bei der französischen Regierung Bedenken entstanden hinsichtlich der Rückwirkungen der deutschen kommunistischen Agitation auf die innerpolitische Lage in Frankreich, da gerade die deutschen und französischen Kommunisten schon seit längerer Zeit besonders eng mit einander arbeiten. Vor allen Dingen aber schloß sich Frankreich bedroht durch die grundlegende Umänderung des Verhältnisses der kommunistischen Partei dem Versailler Vertrag gegenüber. Während bis in die letzten Monate die Kommunisten dem Versailler Diktat gegenüber sich passiv verhielten, teilweise sogar begrüßten, da sie von ihm eine fortschreitende Revolutionierung Deutschlands erwarteten, hat die

steigende Not der letzten Wochen auch bei ihnen allmählich die Erkenntnis angefaßt, daß die Unversöhnlichkeit des Standes der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters abhängig ist von einer grundlegenden Revolution des Versailler Vertrages. Ob diese Erkenntnis

bei den kommunistischen Führern oder bei den kommunistischen Massen entstanden ist, sei dahingestellt. Tatsache ist jedenfalls, daß gerade die kommunistische Presse Westdeutschlands schon seit Wochen in sehr scharfer Form gegen das Versailler Friedensdiktat Stellung nimmt. Diese Haltung betrachten die Franzosen natürlich mit steigender Verärgerung, der sie offenkundig Ausdruck gaben, als in diesen Tagen in den westdeutschen kommunistischen Zeitungen ein von deutschen und französischen Kommunisten gemeinsam unterzeichneter

Aufruf gegen das Versailler Diktat

veröffentlicht wurde. Die Antwort der Franzosen war ein 10tägiges Verbot der Düsseldorfser Freiheit, der Kölner „sozialistischen Republik“ und der „Menschlicher Bergischen Arbeiterstimme“. Mit diesem Verbot droht Frankreich gleichzeitig ein weiteres Ziel zu erreichen: denn die kommunistische Agitation erreicht ihm nicht nur deshalb gefährlich, weil durch sie in bisher noch nicht erhaltener Weise der Ruf nach einer Revision des Versailler Friedensdiktats getragen wurde, sondern in erster Linie auch deshalb, weil Frankreich aus ihrer Fortdauer

Aufstands- und Generalfreilichgefahren

für den Fall einer französischen Befehls des Ruhrgebietes befürchtet, die nach Frankreichs Ansicht gerade von dieser Seite her bislang nicht bestritten zu werden brauchen. So betrachtet kann das Verbot der kommunistischen Presse durch die Franzosen als weiterer planmäßiger Schritt in der Bedrohung des Ruhrgebietes durch Frankreich angesehen werden. Frankreich sowohl wie die Kommunisten fühlen sich durch ihr gegenseitiges Verhalten in lebenswichtigen Fragen von einander bedroht. Frankreich in der Ruhrverwaltung des Versailler Friedensvertrages und der Veränderung der weiteren Befehls deutet sich an: die Kommunisten dagegen in einer Unterbindung ihrer Agitationsmöglichkeiten, die für sie ein und Alles darstellen. Aus diesem Grunde ist nicht damit zu rechnen, daß der Riß, der sich jetzt zwischen Frankreich und den Kommunisten aufgetan hat, wieder geschlossen werden kann. Daraus ergibt sich, daß Frankreich seine letzten Freunde in Deutschland verloren und daß die grundsätzliche Stimmung der Kommunisten dem Versailler Friedensdiktat und der Entente gegenüber sich sehr wesentlich geändert hat.

geht heute hoch und Landesverrat. Als solchen ist diese Seite auch zu bewerten...

Das sozialistische Einigungsprogramm.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht das Einigungsprogramm der vereinigten deutschen Sozialisten im Wortlaut. Es umfasst sechs Punkte: 1. Schutz der Republik, 2. Kampf gegen die Klassenpolitik, 3. Finanz- und Wirtschaftspolitik, 4. Sozialpolitik, 5. Volksgesundheit und Volkserziehung, 6. Internationale Politik. Zu Punkt 1 wird u. a. gefordert: Scharfer Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie, Gestaltung der Reichswehr zu einer zuverlässigen Verteidigungswaffe der Republik, Ausbau der Republik zum organisch gegliederten Einheitsstaat. Zu Punkt 2 wird gefordert: Umstellung des gesamten Wirtschaftswesens nach sozialistischen Grundsätzen, Zusammenlegung der Wirtschaftskreise aus allen Volksteilen, entscheidende Mitwirkung gewählter Vertreter in allen Zweigen der Politik, Abschaffung der Todesstrafe, völlige Gleichstellung der Frauen. Zu Punkt 3: Grundförmliche umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quotenbesteuerung und der gleichmäßigen Verteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut sein soll, unmittelbare Befreiung des Reiches an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen. Zu 4: Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Abwehr aller Angriffe auf den Achtundzestag. Zu 5: Bergesellschaftung des Gesundheitswesens, der Erziehung- und Bildungseinrichtungen, Einheitschule mit weltlichem Charakter, Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Zu 6: Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wieder- aufbaues unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, Kampf gegen die imperialistische Politik.

Erhebliches Anziehen der Indexziffer.

Die Indexziffer für die Lebenshaltungskosten ist nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Heizung im Durchschnitt des Monats August auf 7022 gegenüber 4990 im Monat Juli gestiegen. Die Steigerung beträgt 40,9 Proz. und übertrifft somit die Steigerung der Indexziffer um 32 Proz. vom Juni auf Juli noch erheblich. Die Indexziffer für die Ernährungskosten stellte sich im Durchschnitt des Monats auf 9746. Fast sämtliche Lebensmittel, ausschließlich Gemüse haben weiter stark im Preise angezogen. Getreide und Mehlprodukte sind ebenfalls erheblich teurer geworden.

Gegen neue polnische Ansprüche.

Der deutsche Vertreter bei der Grenzkommission zur Herstellung der neuen ober-schlesischen Grenze überreichte dem Präsidenten der Grenzkommission eine Note folgenden Inhalts:

„Die deutsche Regierung vermag sich der Auffassung der Grenzkommission, die darin besteht, daß die Demarkationslinie im ober-schlesischen Industriegebiet nur eine Notwendigkeit für die endgültige Grenzfestlegung darstellt und daß noch wesentliche Abänderungen zulässig sind, nicht anzuschließen, da die Auffassung weber mit dem Friedensvertrag noch mit der Genfer Entscheidung vereinbar ist. Die letzte Grenzfestlegung war im Herbst vergangenen Jahres von der Grenzkommission in Form der Erklärung einer Demarkationslinie erfolgt. Da die Politisierung der Grenze, welche den beiden Regierungen am 15. Juni 1922 durch die Weizsäcker-Kommission ausgegangen ist, sich auf diese Demarkationslinie stützt, ist diese von den alliierten Hauptmächten als eine dem Artikel 4 entsprechende Fest-

legung der Grenzlinie anerkannt worden. Sie nachträglich, wie an scheinend jetzt von polnischer Seite behauptet ist, in wesentlichen Teilen abzuändern, würde mit dem Artikel 4 der Genfer Erklärung in Widerspruch stehen. Die polnische Delegation und Polen insoweit abgesehen offenen Verträge über Ober-schlesien enthalten wesentliche Bestimmungen über die von der neuen Grenze durchschnittenen Bergwerksfelder und Wirtschaftskreise, ebenso über soziale Einrichtungen, die sämtlich auf der Zugehörigkeit der Bewohner der dem einen oder anderen Lande durch die Demarkationslinie zugefallenen Gebiete basieren. Nach der Auffassung der deutschen Regierung wäre die Grundfrage über diese Verträge erschlüsselt, falls die Grenzkommission den polnischen Ansprüchen nachgeben sollte.“

Neuregelung der Ausgleichszahlungen.

Die französische Regierung hat sich, nachdem sie die von ihr verlangten Retentionsmaßnahmen angesichts des Widerstandes im eigenen Lande wieder zurückgezogen hatte, entschlossen, mit der deutschen Regierung die Ausgleichszahlungen neu zu regeln. Diese Verhandlungen werden zurzeit von dem Vorsitzenden des französischen Ausgleichsamtes, Alban, mit den ausführenden deutschen Stellen geführt. Alban wird bereits Donnerstag in Paris zurückkehren, wo er Verhandlungen mit den Vorsitzenden der alliierten Ausgleichsamter haben wird.

Marcel Sembat †

Marcel Sembat ist plötzlich in Chamoni gestorben. Er gehörte der sozialistischen Partei an und war Minister der öffentlichen Arbeiten in dem am 27. 8. 14 gebildeten Ministerium Viviani, dem sogenannten Ministerium für nationale Verteidigung, sowie Arbeitsminister in dem am 30. 10. 15 gebildeten Ministerium Briand.

Zwischen dem deutschen und dem französischen Kalibndikat ist, wie eine Karl. Korrespondenz berichtet, ein Abkommen abgeschlossen worden, das die Befreiung der Konkurrenz zwischen der deutschen und der französischen Stahlindustrie, insbesondere auf dem deutschen Markt, befreit.

Der englische Gewerkschaftsstrom zur Reparationsfrage.

In der heutigen Sitzung des Gewerkschafts-Kongresses in Southport wurde eine von dem Arbeiterführer Thomas eingebrachte Entschließung angenommen, worin es bezüglich der Reparationsfrage heißt, die Konferenz erkenne an, daß die Entscheidung der Reparationskommission für das deutsche Volk einen zeitweiligen Aufschub der ihm von den Alliierten auferlegten unmöglichen Lasten gesichert habe. Die Konferenz hofft, daß diese Krise dazu gedient habe, die dringende Notwendigkeit einer sofortigen und endgültigen Regelung des Reparationsproblems nachdrücklich vor Augen zu führen. In der Entscheidung wird ferner erklärt, daß kein Plan für die Wiederherstellung Europas möglich sei, wenn nicht die Befreiung der Rheinlande und die Politik der Gewalt aufgegeben werde. Es müsse eine angemessene Frist und Erleichterungen für die Zahlungen gewährt werden. Die deutsche Industrie dürfe nicht erdrückt werden, wenn Belgien und Frankreich wieder hergestellt werden sollten.

Englische Finanzhilfe für Österreich.

Daily Express berichtet, daß in London Aufmerksamkeiten einer großen Gruppe von Bankiers festgestellt habe, welche Gewährung finanzieller Unterstützung an Österreich. Man sei übereingekommen, mit Zustimmung der Reparationskommission die Summe von 20-30 Millionen Pfund Sterling anzubieten, die durch die österreichischen Einzahlungen zu sichern wäre und ein fünfjähriges Moratorium für

Entschädigung zur Vorauszahlung hatte. Die Bankiers, die die Lage erörtern, stimmten darin überein, daß der österreichische Kanzler Seltsel in seiner Erklärung an den Völkerbund recht gefast und daß Österreich Garantien geben könne, deren Wert und Stabilität nicht angezweifelt werden könne. Daily Express bezeichnet es als wahrscheinlich, daß, wenn der Vorschlag auf Anleihe auf allen Seiten für annehmbar befunden würde, eine Anzahl führender österreichischer Bankiers und wahrscheinlich auch Seltsel nach London kommen würden, um mit der britischen Finanzgruppe zu beraten.

Soziales Leben.

Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

In der Berichtswache vom 28. Aug. bis 2. September kann im allgemeinen die Arbeitsmarktlage als befriedigend bezeichnet werden. In einigen Bezirken wird eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage gemeldet, dagegen ist die Beschäftigungsmöglichkeit in anderen Bezirken noch ausreichend. Teilweise macht sich ein Rohstoffmangel bemerkbar. In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Arbeitskräften verhältnismäßig gering. Landwirtschaftliche Beamten konnten, ebenso wie Familien und Frauen für die Kartoffelernte, die sich reichlich anbieten, nicht untergebracht werden.

Im Bergbau hielt die günstige Arbeitsmarktlage auch im Berichtsmonat weiter an. Der Bedarf des Steinkohlenbergbaus an ungelernten Arbeitern konnte infolge Zunahme der Überweisung jenseits der Arbeitsnachweise aus allen Kreisen des Berges an die Abteilungen Bergbau des Landesamtes Westfalen und Lippe im Wege des zwischenbezirklichen Austausches zum großen Teil gedeckt werden. Neue Arbeitsbedarfsmeldungen der Bezirke sind nur in geringem Umfang hinzugekommen, da die Abwanderungen in die heimische Bauindustrie und in andere Erwerbszweige fast ganz zum Stillstand gekommen sind. Im Gegenteil, in einzelnen Bezirken, bereits die umgekehrte Erscheinung also eine Rückwanderung aus dem Bergbau in die Bergbauverwaltung eingetreten ist. Da der vorausgesetzte Bedarf an ungelernten Bergarbeitern für die nächste Zeit nicht erheblich sein wird, dürfte das unbedingte Zuweisungsgesetz der Arbeitsnachweise aufgehoben werden, jedoch Zuweisungen von geeigneten Arbeitern für die Folge nur noch nach vorheriger Zustimmung der Abteilung Bergbau des Landesamtes Westfalen und Lippe von den einzelnen Arbeitsnachweisen getätigt werden können. Diese Maßnahme war notwendig, um den Zuflut entsprechend den sich verringenden Bedarf regulieren zu können.

Der Bedarf an gelernten Bergarbeitern (Hauern und Schachthauern) besteht nach wie vor fort.

In der Metallindustrie herrscht im allgemeinen in allen Betriebszweigen gute Beschäftigung. Teilweise wird mit Überstunden gearbeitet. Es besteht Mangel an Facharbeitern.

Die Beschäftigung in der Hünener Emailleindustrie ist gut. Facharbeiter wie Vorbereiter, Planierer, Autogenarbeiter und Schweißblechriemper sind gesucht. Auswärtige können wegen Wohnungsmangel sehr schwer untergebracht werden.

Im Baugewerbe ist die Lage ähnlich verchieden, während einerseits sich ein Mangel an gelernten Bauarbeitern bemerkbar macht, kommen z. B. im Sagenen Bezirk Maurer infolge Einstellung von Neubauern zur Einstellung. Eine anderweitige Unterbringung war jedoch unmöglich.

Im Handels- und Gewerbe ist im allgemeinen die Arbeitsmarktlage ruhig. Tätigkeitsbuchhalter und Stenotypistinnen wurden verschiedentlich verlangt.

Es empfingen nach dem Stande vom 18. Aug. 1922 67 erwerbslose unter 15 Jahren insgesamt 50 Personen. Hierin ist die Zahl der Erwerbslosen, die auf Grund des Arbeitsvertrages Unterzählung befreit, nicht enthalten. Erwerbslose, die keine Unterzählung befreit, waren bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen am 18. Aug. insgesamt 3905 Personen gemeldet. Gegenüber der Zählung am 4. Aug. hat die Zahl der Arbeitslosen (ohne Unterzählung) um 618 Personen zugenommen.

Gerhart Hauptmann und die Diktatur.

Von Alfons Schabert, Breslau. Eben verlag hier in unserer schlesischen Hauptstadt, der Metropole der bedrängten Ostmark, das zehnjährige Fest der Gerhart Hauptmann-Epik. Man mag nun persönlich zu Gerhart Hauptmann und diesen Epiken stehen, wie man will, anbelohnen oder verdammen — hier soll dem Literaten und Sozialkritiker nicht vorgerechnet werden, soll vielmehr einmal einseits von Gut und Böse der Versuch gemacht werden, den Dichter und seinen Ertrag von einem gewissenmaßen politischen Standpunkt aus zu betrachten.

Zweifelsohne liegt die Wirkung der Gerhart Hauptmann-Epiken nicht allein auf literarischem, künstlerischem und innerpolitischen Gebiet, wie man aus der Wirkung seiner Theaterstücke und dem Reich des Reichspräsidenten schließen könnte. Nein, das Erkennte kann gesagt werden: In jener demnächstigen Festwoche im athenischen Theaterhaus-Museum erlebte man den Augenblick, da alles Persönliche, auch zu Persönliche oft, zurücktrat vor einem Objektiven. Und dies war nichts Geringeres als unser eigen Vaterland! Deutschland als Idee, wie es der Dichter selbst ausdramatisiert. In seiner Stunde gedachte jeder der Redner unserer bittenden Ostmarkennot, der blühenden Heimatwunde. Und so klang aus dieser spezifisch persönlichen, schlesischen, deutschen Angelegenheit ein Ruf hinaus an die Völker, und Länder der Welt, anflagernde Notruf eines entsehrten Volkes.

Es ist durchaus kein Zufall, daß der gelehrte Gerhart Hauptmann Epik einer leidenschaftlichen, schlesischen Epiken, deren Kind auch Deutschland vollständig, der romantische Sänger, Joseph von Eichendorff, war, die schlesische, man könnte sagen urzeitliche Seinsucht, „die halt a jeder hat“, gibt in den schlesischen „Webern“, wenn auch auf ihre Art, eben so innig wie im schlesischen „Zugensicht“. Weiden, Hauptmann wie Eichendorff, ist jene zeitliche Liebe ihres von grünerer Slavenflut umdrängten Heimatvolkes zu eigen, die immer wieder aus ganzem Herzen das Lob Deutschlands singt. — „Deutschland ist ein schönes Land“, sagt der Geier, und der Ritter der Romantik ruft: „Gut! das, Deutschland, aus Sezensgrund!“

Gerad ein Jahr ist es her, da fand in Berlin eine gewaltige Massenkundgebung aller Par-

teilen in sehr unheimlicher Weise, der damals langanhaltenden mitschen Weimann. „Gut, ein dem mit dem vom Flug Franzose oder zurechnungs Deutschen einzutreten, alles, angelegt, als schlesische Kaiserreichs Teil Preussischen Reichs. Den Bo Breslau überreichen der Presse Holland, kommen man nicht dann nicht, und seiner der Dichter, daß die se werde, das sein ungen über die eines groß Nun geistig gen die Gesellschaften Nationen teilen, auf machen das — gutgütig meiner bei Vollständigkeit moral den

Karl des Haupt zentralen sozialist dem Reich, dorf w D. W. dauert n erkläre nung bei In der Gerichte Naga, es werde seine Gerichte 10. 8. 1 — Reu feierl sozialist hängt Par: in unter zöflich London jahres schlienen TU. für Zu schiff arbeiten Mitteil TU. um C. Der S. Alm S. rüdern D. 2. w. r. f. berlan: Schach: hind a: wenig reide den b. Dor: der b. Schlicht: der e. h. m. h. lichte Pol: gen u. W. in W. geistig in de: er u.

atte. Die Ban-
immen darin
nizer Selbst
nd recht gefat
ben könne, de
fesselt werden
als wahrheits-
Anleihe auf
den würde eine
Bankiers und
London kommen
inangruppe zu

und Lippe.

3. Aug. bis 2.
Arbeitsmarkt-
werden. In
sicherung der
ist die Beschä-
tigten noch aus-
in Kohlenmangel
schaft war die
hältnismäßig ge-
kommen, eben-
Kartoffelernte,
gebrachte werden.
Arbeitsmarkt-
an. Der Be-
angelegenen Ar-
beiterbewegung
aus allen Krei-
sen Bergbau des
Stippe im Wege
des Kohlenmangel-
tungen in die he-
mische Erwerbs-
losigkeit, bereits
die in den Bergbau
ausläufige Be-
für die nächste
uhte das un-
bedingte auf-
nach vorüber-
au des Landes-
von den ein-
werden können.
um den Ju-
gernden Bedarf

Bergarbei-
besteht nach wie
herrscht im Sie-
wegen gute Be-
bedürfnissen ge-
nacharbeiten.
ener Emalle-
wie Bomben-
d Schwarzblech-
schließen können
untergebracht

Dage tritt
ein Mangel an
macht, kommen
Einschaltung
eine anderweitige
sch.

in allgemeinen
richtige Buchhalter
sich identisch ver-
de vom 18. Aug.
tückung insbe-
zahl der Ge-
Kassabuchführung
gatten. Erwerbs-
losigkeiten, waren bei
n am 18. Aug.
über. Gegenüber
zahl der Arbeits-
18 Personen zu-

und die

Breslau.
schlechten Haupt-
n auf literarisch
in Gebiet, wie man
erzählen und dem
schließen könnte.
sagt werden: In
im allerschwersten
den Augenblick,
Anleihe oft, zurück-
dies war nichts
Land! Deutschland
selbst ausprobiert.
der Redner un-
der blutenden Gei-
st dieser spezifisch
hohen Angelegenheit
und Länder der
entzweiten Völkern.

der gefestete
ein dundbrande-
Kind aus Deutsch-
der Sänger, Joseph
ausde, man könnte
halt a jeder her",
bern", wenn auch
wie im schließlichen
mann wie Eisen-
hies von gemmen
hies von eigen, die
ein das Lob Deutsch-
ein schönes Land!
der Romantik ruft:
Hergensgrund!"

da fand in Ber-
gebung aller Par-

teilen in festener Einmütigkeit für das ungeteilte
untenbare Oberfließen. Und als erster,
der damals für das urdeutsche Ostmarkenland unter
langanhaltendem, immer erneut einsetzendem für-
mischen Beifall sprach, war Gerhart Haupt-
mann. „Es geht nicht an“, führte er aus, „daß
einer den Pfug fahre, während ein Gewaltmensch
mit dem Schwert in der Hand ihm den Stier
vom Pfuge nimmt.“ Und weiter: „Niemand,
Franzose oder Pole, wird, sofern er nur ein halb
zurechnungsfähiges Hirn und Herz besitzt, dem
Deutschen zumuten, in die Diskussion einer Frage
einzutreten, die dahin lautet, ob er auf sein ur-
altes, angestammtes Eigentum ein größeres Recht
besitzt, als ein belgisches anderes Volk. Ober-
flächlich war bereits ein Teil des alten, römischen
Kaiserreichs deutscher Nation. Es ist alsdann ein
Teil Preußens und also ein Teil des neuen deut-
schen Reiches, gewesen. Wie gesagt: es gibt in
dieser Frage für den Deutschen keine Diskussion.“

Den Wortlaut seiner Rede hätte man bei den
Breslauer Festspielen allen anwesenden Ausländern
überreichen können. Vor allem den Vertretern
der Presse, die aus Frankreich, Amerika, Japan,
Holland, Schweden, Dänemark, Norwegen usw. ge-
kommen waren. Die Stimme Gerharts Haupt-
manns wird bei ihnen nicht gering gelten, auch
dann nicht, wenn er für die Not seines Volkes
und seiner Heimat spricht. Vor einem Jahr durfte
der Dichter mit Schließen noch guter Hoffnung sein,
daß die feindliche Gewalt nicht so weit gehen
würde, „das von ihr selbst angeordnete Geschehen
sein ungewolltes Resultat zu machen, sich
über die flammend gekündete Willensmeinung
eines großen Volkes leichtfertig hinwegzusetzen.“
Nun geschah es dennoch. Was das bedeutet, mö-
gen die Herren Ausländer, die an den Hauptmanns-
Festspielen teilnahmen, hahüberbrühend ihren
Nationen mit des Dichters eigenen Worten mit-
teilen, auf daß wieder einmal Licht werde: „Der-
maßen das Vertrauen von 70 Millionen Menschen
— gutgläubigen Menschen! — zu verhöhnen, würde
meiner beiseitigen Ansicht nach einen Gipfel der
Feindschaft bedeuten und der europäischen Völker-
moral den Todesstoß versetzen.“



Erzellenz Dr. Alexander T.

Kleine Nachrichten.

Karlruhe, 6. Sept. Die 25. Jahresversammlung
des Hauptverbandes der deutschen Drucker-
Kassen gings gestern zu Ende. Die Ver-
handlungen galten vornehmlich der Reform der
sozialen Versicherung, der Artzfrage,
des Reichsversicherungsgeles sowie den neuen Ge-
setzen, die Annahme fanden. Der Präsident Frä-
dorf wurde wiedergewählt.

D. Wien, 7. Sept. Der Buchdruckerstreik
bauert noch an. Auch gestern sind keine Zeitungen
erschienen. Die Streikenden drohen mit Ausbe-
n des Streiks auf die Banknotenpresse.
In der zeitunglosen Zeit beginnen sich allerlei
Gerüchte zu verbreiten.

Mosk., 5. Sept. Die „Times“ meldet aus Mosk.,
es werde mitgeteilt, daß Metropolit Beniamin und
seine Gefährten, die im Juli von revolutionären
Gerichtshof zum Tode verurteilt wurden, am
10. 8. in Petersburg erschossen worden seien.
— Weiter meldet aus Mosk., daß sich Timo-
sejew, einer der kürzlich zum Tode verurteilten
sozialrevolutionären Führer, im Gefängnis er-
hänge.

Paris, 6. Sept. Wie „Le Temps“ mitteilt, wird
in unterrichtlichen Kreisen die diesjährige fran-
zösische Getreideernte auf über 70 Mil-
lionen Hektar geschätzt. Die Ernte des Vor-
jahres betrug nach amtlichen Feststellungen 88 Mil-
lionen Hektar.

TU. Berlin, 6. Sept. Das englische Ministerium
für Aufseheren läßt ein richtiges Luftschiff
aufbauen, das mit der Flotte Hand in Hand
arbeiten soll und mehrere große Torpedos und
Mittelschiffe an Bord führt.

TU. London, 6. Sept. In dem Flug rund
um England, der um den englischen Königs-
palast geht, werden sich 25 Flugzeuge beteiligen.
Der Start ist freitags morgen 9 Uhr in Crofton.
Am Sonntagabend wird man die ersten Sieger zu-
rückberufen können.

London, 5. Sept. Bei einer großen Berg-
werksexplosion in Whithayn an der Cum-
berlandküste wurden 40 Arbeiter in einem
Schacht unter Steinblöcken vergraben. Dieser
Schacht ist seit Jahren geschlossen. Es besteht
wenig Hoffnung auf Rettung der übrigen. Zahl-
reiche am Rettungswerke beteiligte Bergleute wur-
den verunglückt an die Oberfläche gebracht.

London, 6. Sept. Bisher wurden 24 Zeichen
der bei dem Bergverunglück von Whithayn ver-
schütteten Bergarbeiter geborgen.

Athen, 6. Sept. Den Blättern zufolge wurden
der ehemalige türkische Bürgermeister von
Smyrna und sechs bekannte türkische Persön-
lichkeiten unter der Auflage, eine blutige
Völkerverhebung vorbereiten zu haben, fest-
genommen und nach Athen gebracht. Sie sollen
in Verbindung mit den kemalistischen Streitkräften
gefangen haben, die ihnen Waffen und Munition
geschickt hätten. Der ehemalige Bürgermeister soll
in dem Augenblick festgenommen worden sein, als
er versuchte, Bomben zu verteilen.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Wirtschaftslage und Teuerung.

bb. Berlin, 6. Sept. In der gestrigen Be-
sprechung des Reichsanwalters mit den
Vertretern der Gewerkschaften wurden
von diesen u. a. auch die

Auswüchse im Butterhandel aus Hamburg
angeführt. Wie die Post. Btg. berichtet, war seit
vielen Monaten zu beobachten, daß eine nur ganz
auffallend geringe Menge von Butter zur Ver-
seigerung nach Hamburg gelangt wurde, jedoch
infolge der starken Nachfrage die Butterpreise stän-
dig stiegen. Nach der Festlegung der offiziellen
Preise wurde dann die weitaus größte Menge
von Butter von den Meiereiverbänden an die
Hamburger Händler verschickt.

Maßnahmen der Stadt Berlin.
w. Berlin, 6. Sept. Die das Nachrichtenamt
der Stadt Berlin leitende, verhandelte der Magi-
strat heute erneut über die Maßnahmen gegen
die Teuerung und zur Hilfeleistung für den un-
bemittelten Teil der Bevölkerung. Bei der be-
sammelten finanziellen Lage waren umfassende
Maßnahmen für eine rechtzeitige Versorgung mit
Lebensmitteln und Brennstoffen nicht zu finan-
zieren. Wichtigsten für den ärmeren Teil
der Bevölkerung sollten Erleichterungen ge-
schaffen werden, u. a. einmalige Winterbe-
hilfen, an die Empfänger von Armenunter-
stützungen unter Erhöhung der Zuschüsse und
Brennstoffbeihilfen an Unbemittelte. Ferner
soll die Volksspeisung auch während des
Winterhalbjahres fortgeführt, die Armenpei-
sung durchgeführt sowie die Milchverbilli-
gung in der bisherigen Weise weitergeführt wer-
den, und die Zuschüsse für die privaten Schulen
und die Durchführung dieser Maßnahmen erfordert bei der Wohlfahrtsplene
120 Millionen, bei der Jugendfürsorge rund 80
Millionen Mark. Um die Durchführung zu er-
leichtern, sollen die Wertstoffe erhöht wer-
den, daß 40 Prozent des obigen Betrages durch

die Gaswerte und 60 Prozent durch die Elektri-
zitätswerke aufgebracht werden. Ferner soll u. a.
eine Verzehrsteuer und Schlemmersteuer
einführt werden.

**Eine Rede v. Kahrs in einer Landwirte-
Versammlung.**

W. München, 6. Sept. Regierungspräsident v.
Kahrs hielt bei der Kreisversammlung des Land-
wirtschaftlichen Vereins von Oberbayern eine Rede,
über die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes,
in der er, ausgehend von der letzten gewaltigen
Teuerungswelle, einen Vergleich zog mit der
Entwicklung in Österreich. Er sagte u. a.,
er sehe nichts, was uns eine von Österreichs
Schicksal verschiedene Entwicklung der wirtschaft-
lichen Lage gewährleiste, er sehe aber manches, was
uns ein noch schrecklicheres Ende erwar-
ten lasse. Unsere Wirtschaft habe die Leiden, uns
abwärts, hat in die Höhe zu ziehen. Daher dürfe
die Wirtschaft nicht unter Schicksal verfallen. Wir
müßten zurück zur napoleonischen Auffassung der
Zustände. Die Politik sei unter Schicksal. Das könne
aber nur geschehen durch Abkehr von der ma-
terialistischen Weltanschauung durch Rückkehr zur
ethischen. Auf unsere Lage angewendet heiße das,
es gebe kein Naturgesetz, daß mit jedem Steigen
des Lohns der Preis für alle unsere Waren
steigen und die Löhne ebenfalls steigen müssen.
Wenn wir uns in letzter Stunde vor dem Ab-
grund retten wollten, müßten wir unsere Markt-
habilitieren und keine höheren Preise nehmen,
oder auch keine höheren Produktionskosten mehr.
Dies müßte die Lösung sein. Niemand brauche
dabei zu Schaden kommen. Ob dafür ein Gesetz
notwendig sei, wage er nicht zu entscheiden. Es
würde allein auch nicht genügen. Notwendig sei
ein harter, geschlossener Wille des Volkes.

Das Stinnes-Abkommen im Auswärtigen Ausschub.

Industrie und deutsche Finanzwelt.

D. Berlin, 7. Sept. In der Sitzung des
Auswärtigen Ausschusses wird auch das
Wiederaufbau-Abkommen der Industrie
zur Debatte stehen. Es ist nicht unmöglich, daß
es bei diesem Anlaß zu einer lebhaften Aus-
sprache kommt. In politischen Kreisen wird dem
Stinnesvertrag steigende Bedeutung
beigemessen. Man glaubt Anzeichen zu haben,
daß dieser Vertrag nur den Beginn einer großen
geplanten Aktion zu einer direkten
deutsch-französischen Verhandlung
unter Zustimmung Englands darstelle. Im Zu-
sammenhang mit dem Vertrag sind von fran-
zösischer Seite die bedeutendsten Führer der
deutschen Wirtschaft zu einem Besuch
der zerstörten Gebiete Frankreichs
eingeladen worden, der voraussichtlich Ende Sep-
tember erfolgen wird. In Finanzkreisen nimmt
man an, daß die Aktion der Industrie eine Un-
terstützung der Finanz hervorgerufen werde,
deren erste Auswirkung vermutlich darin bestehen
würde, daß die deutsche Finanzwelt ihre interna-
tionalen Verbindungen für die Garantien ver-
wenden werde.

Das Wiederaufbau-Ministerium über den Stinnes-Vertrag.

TU. Berlin, 6. Sept. Der Leiter des Wiede-
raufbauministeriums, Staatssekretär Wal-
ter Müller, äußerte sich in einer Unterredung
über den zwischen Stinnes und dem französischen
Generalverband der Aufbau-Organisation zustande
gekommenen Vertrag dahin, daß der Abschluß
dieses Privatvertrages entschieden
zu begrüßen sei. Der Vertrag werde auch zur
politischen Entschärfung der Beziehungen zwischen
Deutschland und Frankreich beitragen. Auch die
Reichsregierung könne den Vertrag im allgemeinen
nur im günstigen Sinne beurteilen. „Aber er doch
in der Linie der von jeder von der deutschen Regie-
rung betriebenen Erfüllungspolitik. Der Vertrag
bedürfte infolgedessen der Zustimmung der deutschen Re-
gierung, als diese feststellen müßte, ob das Abkom-
men den Bestimmungen des Wiesbadener Abkom-
mens und Gilet-Abkommens entspricht. Eine be-
sondere Frage aus dem Vertrage sei die Festlegung
eines bestimmten Prozentfußes von Kohlen. Hier
würde es noch besonderer Verhandlungen bedürfen.
Die Tätigkeit der amtlichen Stellen bei der Durch-
führung des Vertrages werde nur infolgedessen Er-
leichterung treten, als sie Außenhandelsstellen na-
türlich für die Ausfuhr der Waren die Genehmi-
gung geben müßte.“

Die erste Abstimmung über die Befestigungsformel

in der Verfassungsgebenden Kirchenversammlung.

TU. Berlin, 6. Sept. In der Verfassungs-
gebenden preussischen Kirchenversammlung
wurde nach längerer Debatte schließlich die Fas-
sung der Ausschub-Mehrheit mit 126
gegen 78 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab-
gelehnt. Da sich auch für keine Abänderung
oder durch Zusatz veränderte Entwürfe eine Mehr-
heit fand, ist also vorläufig überhaupt keine Form
des Befestigungsvorwurdes angenommen. Damit ist
die Bahn für Verhandlungen bis zur 3. Lesung
frei.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

D. Berlin, 7. Sept. Die Verhandlungen mit
den belgischen Vertretern und vom Reichsfinanz-
minister und den Staatssekretären Schröder und
Bergmann gestern nachmittag aufgenommen wor-

den. Sie bestanden in erster Linie in einer gegen-
seitigen Orientierung und in einer prinzi-
piellen Auseinandersetzung über den Sinn und
die Anwendung des Pariser Entschei-
des bezüglich der Schatzschöpf. Ergebnisse
konnten von dieser ersten Verhandlung nicht er-
wartet werden. Bei den zukünftigen Stellen wird
auch das strengste Stillschweigen über den
materiellen Inhalt der Verhandlungen bewahrt.
Damit wird auch die Meldung eines Berliner Blat-
tes, daß die Verhandlungen schon vor dem Ab-
schluß ständen, dementiert. Der Reichsfinanz-
minister wird, trotzdem die Verhandlungen noch einige
Tage dauern werden, in dem am Freitag zusammen-
tretenden Auswärtigen Ausschub ein-
gehende Erklärungen geben.

Die Personalpolitik der Reichspost.

TU. Berlin, 7. Sept. Über die Personalpo-
litik der Reichspost entnimmt die Tel.-U.
einer amtlichen Darstellung folgende Angaben: Wie
bereits in der dem Reichstag vorgelegten Denk-
schrift vom 21. Febr. 1922 angeführt wurde, hat
die Postverwaltung im Kalenderjahr 1921 im gan-
zen 26 100 Arbeitskräfte abgekürzt. Eine weitere
Verminderung des Personalbestandes um 1959 83 se-
ist im ersten Vierteljahr von 1. Januar bis 31.
März 1922 vollzogen worden. Auf die Vermin-
derung des ständig erforderlichen Personals auf
das endgültige Maß wird jetzt mit allem
Nachdruck hingearbeitet werden. Bei einem
großen Teil der Belegschaften wurde die Per-
sonalbesetzung durch Beauftragte des Ministeriums
gründlich geprüft, mit dem Ergebnis, daß im gan-
zen bis jetzt etwa 2500 Kräfte entbehrlich geworden
sind. Schon die im Dezember 1921 verfallende Vor-
legung von ärztlichen Zeugnissen von
Frankenbestandes herbeigeführt. Bei Beendigung
der diesjährigen Urlaubszeit (September-Okto-
ber) ist hinsichtlich der Abführung von
Arbeitskräften eine große Welle ein. Das
Reichspostministerium gibt in kürzester Zeit
auf Grund der in den letzten Monaten bei der
Beseitigung der Belegschaften vorgenommenen Er-
fahrungen Richtlinien aus für die Beseitigung
des Personals. Die Ausführung dieser Richtlinien
wird zu einer erneuten Prüfung der Per-
sonalbesetzung und zu einer weite-
ren Verminderung des Personals
führen. 9500 Postbeamte werden, wie bereits ge-
meldet, im Zoll- und Steuerdienst verwendet wer-
den. Es wird mit Unterstützung des Finanzmi-
nisters mit Nachdruck darauf hingearbeitet, daß
die anderen Verwaltungen durch Ent-
lassung eines Teiles ihrer Angestellten noch Raum
für die Aufnahme einer großen Zahl
von Beamten der Post haben.

Weniger Geheimverfügungen bei der Eisenbahn.

TU. Berlin, 7. Sept. Der Reichsverkehrs-
minister hat angeordnet, daß die Geheim-
haltung von Verfügungen nur noch da
vorgesehen werden solle, wenn zwingende
Gründe des Staatswohles es verlangen.
Die hohe Bedeutung, daß man in der Öffentlichkeit
oder in einzelnen bestimmten Personenzirkeln an-
gegriffen werde oder Unruhe erregen könnte, sollen
nicht dazu dienen, ein Schriftstück als geheim zu
bezeichnen. Für die Verwaltungen solle lebhafte
Grundsatz sein, daß die Verfügungen, die sie für
notwendig halten, zu betreten seien und daß sie
eine Kritik ihrer Tätigkeit nicht zu scheuen haben.

Die Kohlenförderung im August.

w. Essen, 6. Sept. Die Kohlenförderung
des Ruhrbezirks (einschließlich der linksrhein-
ischen Bezirke) wird für den Monat August 1922
auf etwa 82 Millionen Tonnen in 27 Arbeitstagen
berechnet. Im Juli 1922 stellte sich die Kohlen-
förderung in 26 Arbeitstagen auf 7,86 Millionen
Tonnen und im August 1921 auf 8,07 Millionen
Tonnen in 27 Arbeitstagen. Arbeitsmäßig ge-
rechnet wird für August 1922 voraussichtlich eine
Förderung von etwa 804 000 Tonnen ergeben ge-
genüber einer arbeitsmäßigen Förderung von

302 480 Tonnen im Juli 1922 und von 288 817 Ton-
nen im August 1921.

Wieder mal das Ruhrgebiet!
w. Paris, 6. Sept. Der Berichterstatter für
das Budget in ausländischen Angelegenheiten hat
eine Interpellation über die Anwendung
einer wirksameren Reparationspolitik
im Ruhrgebiet eingebracht.

Die Völkerverbund-Versammlung.

w. Genf, 6. Sept. Die Völkerverbundversammlung
hörte heute vormittag zum ersten Male eine
Rede des Vertreters Bulgariens,

das auf der vorherigen Versammlung in den Bund
aufgenommen worden ist. Der bulgarische Dele-
gierte sprach dem Völkerverbund das Ver-
trauen seines Landes und die Hoffnung aus, daß
der Bund seine Grundzüge vor allem in der Min-
derheitenfrage verwirklichen werde. Er ge-
schloß den gestrigen Antrag des Professors Mar-
sch-Sabafra, der eine Debatte im Plenum über
alle Minderheitenfragen verlangt.

Geht über deutsche Fragen.

w. Genf, 6. Sept. In seiner heutigen großen
politischen Rede behandelte auch Cecil u. a. eine
Anzahl deutscher Fragen, die Saar- und die Danziger
obersteht. Die Frage, die Saar- und die Danziger
Frage, sowie den deutschen Marktführer. Er sprach
seine Bewunderung über den Abschlus des
deutsch-polnischen Abkommens unter
der Leitung Calones aus, ging dann auf die
Verhältnisse im Saargebiet ein und erklärte,
daß an der Neubestimmung des Saarlandes in fran-
zösischen Gebiet keine Frage sei. Endlich regte er an,
regte allgemeines Aufsehen. Endlich regte er an,
daß zur Behandlung der besonders schwierigen
Danziger Frage ein besonderer Aus-
schuß eingesetzt werden möge. Im weiteren
Verlaufe der Rede ging er auf die schwierige
wirtschaftliche Krise ein, die gegenwärtig
die Welt, vor allem Deutschland, erschüttert. Er
wies auf den Ernst der durch den Marktführer
geschaffenen Lage hin, die nach Ansicht unter-
richteter Leute dazu führen könne, daß Deutsch-
land in wenigen Monaten dort sei, wo heute
Österreich sich befindet. Dazu käme die überaus
verwickelte Reparationsfrage. Er for-
derte die Versammlung auf, alle diese Fragen,
die das öffentliche Leben vergiften, mit äußerster
Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Der schwache Einfluß des Völkerverbundes.

w. Genf, 6. Sept. Der Präsident der Völk-
verbundversammlung erklärte Völkerverbündeten gegen-
über, daß der politische Einfluß des Völk-
verbundes noch schwach sei, und daß es
ein Irrtum wäre, von ihm mehr zu verlangen,
als er geben könne. Wenn man seinen Einfluß stär-
ken wolle, sollte man kein Land zwingen, eine
Entscheidung gegen seinen Willen anzunehmen, aber
auch kein Land seinem Schicksal überlassen.

Der griechisch-türkische Krieg.

w. Paris, 6. Sept. Nach einer Drahtmeldung
aus Athen wird dort die Nachricht, daß die
griechische Regierung um Vermittlung der bel-
gischen Regierung zwecks Abschließens eines Waf-
fenstillstandes bat, dementiert. Außer
der Vermittlung einer Darlegung der wirklichen
militärischen Lage an die belgische Regierung auf
deren eigenen Wunsch hat die belgische Regierung
keinerlei Schritte unternommen, weder in London
noch anderswo.

w. Athen, 6. Sept. General Dusanis hat
das Amt als Chef des Großen General-
stabes angetreten.

w. London, 6. Sept. Einer Reutersmeldung aus
Athen zufolge befreit sich die Lage zu-
gunsten der Griechen. Der Wechsel im Ober-
befehl scheint einen guten Eindruck gemacht zu ha-
ben. Die Lage der künftigen Streitkräfte sei sa-
ber.

Ein Haftversteck?

TU. Berlin, 7. Sept. In einer Versammlung des
Verbandes der Gastwirte, in der auch sämtliche
Berufsorganisationen Großberlins vertreten waren,
ist einstimmig die Ansicht vertreten worden, daß
die von der Regierung vorgesehenen Maßnahmen
nicht den beabsichtigten Zweck erreichen und daß sie
in der Praxis unbrauchbar seien. Der Verband
werde vor den äußersten Konsequenzen nicht zurück-
sicheren und auch rechtliche Schritte in den Bereich sei-
ner Maßnahmen stellen.

w. Essen, 6. Sept. Die zweite diesjährige Völk-
nisch-wirtschaftliche Tagung, die vom 6.
bis 10. Sept. dauerte, wurde heute vormittag in
Anwesenheit der höchsten Behörden eröffnet.
Die Welle ist trotz der seit der ersten Welle
im Frühjahr eingetretenen veränderten Wirtschaft-
lage, bedingt durch die kolossale Entwertung der
Mark, sowie durch Erhöhung der Tabaksteuern usw.,
reichlich besetzt.

bb. Berlin, 6. Sept. Nach einer Meldung des
Berliner Tageblatts aus Braunschweig ist von
dort eine 80köpfige Bande von Feldbe-
nen nach Mascherode gefahren, um am besten
Tage das dortige Vorratsgut zu plündern
und die auf dem Feld liegenden Garben zu
schleichen. Die Mittäter des freiwilligen Orts-
schutzes und einige herbeigekommene Landlauer waren
der Übermacht der Plünderer gegenüber macht-
los. Schließlich sandte die Braunschweiger Polizei
zwei Lastkraftwagen mit Schuttpolizisten. Die Be-
amten umstellten die Felder und nahmen einen
Teil der Plünderer fest. Die übrigen entflohen
unter Inkaufnahme ihrer Fahrzeuge.

w. Chemnitz, 6. Sept. Nach dem plötzlichen
Tode ihres Gatten erschoß sich Frau Sem-
bat gestern Nacht.

Verantwortlich: Für Politik: W. Billi Stöcker
für Redaktion und Anzeigen: Willi Stöcker; für Druck-
sachen und Druckkosten: Theodor Hoffmann; für Beleg-
stücken und den übrigen Teil: Fritz Schmitt
für Material und Material: Eugen Wolf; sämtlich in
Böhm.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

